



DER WILLE DER BÜRGER: „Selbstbestimmung auch für uns.“ (Foto: Linke)



PROTESTDEMONSTRATION IN EPELHEIM: Über 5000 Bürger aus sechs Gemeinden sprachen sich gegen eine Zwangseingemeindung aus.

(Foto: Linke)

# 5000 forderten: Nehmt die Bürger ernst

## Protestdemonstration gegen Zwangseingemeindungen – Sechs Gemeinden wehren sich – Kundgebung in Eppelheim

Mit einer machtvollen Protestdemonstration fand am Donnerstag die seit Monaten andauernde Auseinandersetzung um die Zielplanungsvorstellungen der Stuttgarter Landesregierung für den Rhein-Neckar-Raum in der Eppelheimer Rhein-Halle ihren Höhepunkt. In langen Fahrzeugkolonnen – fast alle Wagen waren mit Plakaten und Aufklebern verziert – kamen nicht weniger als rund 5000 Einwohner der in ihrer Selbständigkeit bedrohten Gemeinden Ilvesheim, Plankstadt, Oftersheim, Ziegelhausen, Dossenheim und Eppelheim, um ihren geschlossenen Willen gegen geplante Eingemeindungen und Zusammenschlüsse zu dokumentieren. Initiatoren und Organisatoren der Großkundgebung waren die Bürgeraktionen der einzelnen Gemeinden, die sich mit dem Ergebnis dieses Sternmarsches vollauf zufrieden zeigten.

Die Zufahrtsstraßen nach Eppelheim boten in den Abendstunden des Donnerstag ein buntes Bild. Durch das Spalier zahlloser zu einem großen Teil fähnenschwenkender Zuschauer bahnte sich ein nicht enden wollender Konvoi von Automobilen seinen Weg zur Rhein-Halle. Fast ausnahmslos kündeten an den Fahrzeugen angebrachte Plakate vom Willen der einzelnen in der Zielplanung unter „Eingemeindung“ oder „Zusammenschluß“ ausgewiesenen Gemeinden vom Protest gegen diese Pläne. Besondere Anerkennung muß der den Demonstrationen begleitenden und einweisenden Polizei ausgesprochen werden, die es verstand, die großen Kolonnen zügig und ohne größere Stopps zum Versammlungsort zu geleiten.

Nicht weniger bunt bot sich auch das Bild in der Rhein-Halle, die mit Plakaten („Nehmt die Bürger ernst“) und den Fahnen der einzelnen Gemeinden ausgeschmückt war. Vorherrschende Kopfbedeckung der Kundgebungsteilnehmer war der in diesen Tagen wieder zu neuer Popularität gekommene Strohhut, der allerortens vom Wunsch nach Wahrung der Selbständigkeit kündete. Neben dem Spielmannszug der Eppelheimer Freiwilligen Feuerwehr hatte auch Ziegelhausen seinen Fanfarenzug mitgebracht. Der Einmarsch der Ziegelhäuser – mit Trommelwirbel und Dschingelrassabum – wurde mit riesigem Beifall begrüßt. Überhaupt herrschte über weite Strecken der Versammlung echter Volksfestcharakter.

Bis auf wenige Randerscheinungen war die Versammlung von einer sachlichen

Atmosphäre geprägt. Allgemein bedauert wurde, daß von den eingeladenen Landtagsabgeordneten lediglich vier – Gerhard Weiser (CDU), Udo Kraus (SPD), Karl-Peter Wettstein (SPD) und Wolfgang Daffinger (SPD) – und von der Landesregierung überhaupt niemand erschienen war. MdL Gerhard Weiser stellte jedoch richtig und das wurde akzeptiert: „Es kommt nicht darauf an, wieviele Abgeordnete jetzt hier sind, sondern wieviele sich gegen die vorliegende Form der Zielplanung aussprechen“. Er fügte hinzu: „In Neureuth sind wir auch nur zu zweit dagewesen und haben jetzt im Reformausschuß dennoch durchgesetzt, daß diese Gemeinde als selbständig ausgewiesen wurde“. Prominenter Gast neben den Abgeordneten war der Amtsverweser des Rhein-Neckar-Kreises, Landrat Steinbrenner, der mit besonders freundlichen Beifall willkommen geheißen wurde.

Nach einigen Schwierigkeiten mit den Mikrofonen eröffnete der Vorsitzende der gastgebenden Eppelheimer Bürgeraktion, Rudolf Wendland, die Kundgebung. Wendland strich dabei die Überparteilichkeit der Bürgeraktionen und deren Wunsch nach sachlicher Argumentation hervor: „Radaufrührer wollen wir nicht!“ Unter der sicheren Versammlungsleitung von Dr. Barth aus Eppelheim artikulierten die Vertreter der einzelnen Gemeinden dann ihre Argumente gegen die Pläne der Landesregierung.

Als erster ergriff Dr. Strauss aus Ilvesheim das Wort. Wie auch die meisten anderen Vertreter der Bürgeraktionen übte er heftige Kritik daran, daß die bei den Bürgeranhörun-

gen erzielten Abstimmungsergebnisse später beiseite geschoben würden. Er sah in diesem Umstand eine große Gefahr für das Grundverständnis der Demokratie. Dr. Strauss begab sich in die griechische Antike und zitierte Perikles: „Wer an den Dingen seines Gemeinwesens keinen Anteil nimmt, ist nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter“ und fügte hinzu: „Schlechte Bürger wollen wir aber nicht sein“.

Aus Eppelheim kam Albert Wiest, der im Falle einer Eingemeindung für seine Heimatgemeinde „nur Nachteile für alle Gebieten und keine Vorteile für Heidelberg“ sah. An Regierung und Landtag gerichtet forderte er eine Respektierung des erklärten Willens der Bürger, eine unverzügliche Änderung der Zielplanung und bat die Abgeordneten ihr Gewissen zu prüfen und in der Folge den Begriff „Zwangseingemeindung“ zu tilgen.

Kreitz aus Oftersheim forderte seine „lieben demokratiegefährdeten Bürger“ zu einer vergrößerten und verstärkten Demonstration in der Landeshauptstadt auf. Er sah große Kolonnen Lastwagen nach Stuttgart streben und dort den Verkehr solange blockieren – „natürlich ganz demokratisch, wir werden Anweisungen der Polizei folgen“ – bis die Eingemeindungspläne gestrichen seien. Seine markigen Ausführungen stießen in der Versammlung auf große Sympathien.

Aus Plankstadt kam Dr. Mende, der die Frage stellte: „Hier wollen, daß es allen gleich geht. Wir wollen aber nicht, daß es allen gleich schlecht, sondern daß es allen gleich gut geht – wie bei uns in den Landgemeinden“ Man müsse nur die Kinder fragen, ob sie lieber in Mannheim auf den Planken, in Heidelberg in der Anlage oder „auf den Spielplätzen bei uns“ spielen möchten. Ministerpräsident Filbinger habe in Plankstadt anlässlich seines Besuches erklärt, keine Entscheidung werde gegen den Willen der betroffenen Bürger vorgenommen. Dr. Mende: „Stehen Sie zu diesem Wort, dann gibt es keine Zwangseingemeindung“.

Auch Dr. Rothfuß aus St. Ilgen zitierte Ministerpräsident Filbinger und forderte die

von diesem zugesagte Freiwilligkeit zu wahren. „Der Schiessbefehl muß nicht nur an der Zonengrenze, sondern auch hier aufgehoben werden“. Das Umland habe viele Jahre Arbeit bei aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft geopfert, um eine bessere Lebensqualität zu schaffen. Dies dürfe durch Eingemeindungen nicht in Frage gestellt werden. Günther Harten aus Ziegelhausen sah schließlich als Ergebnis der Eingemeindung bestenfalls neue Ortschaften und meinte: „Was Schiess zusammengebräut und im großen Faß der Landesregierung ausgegoren wird, ist saurer Wein.“

Den Reigen abschließend versicherte als einziger Bürgermeister das Ortsobhaupt der Gemeinde Dossenheim, Schuhmacher, daß die Gemeinde, auch wenn sie keine Bürgeraktion habe, sich voll und ganz mit den anderen Gemeinden solidarisch erkläre. Im übrigen habe man das gleiche Ziel: die Wahrung der kommunalen Selbständigkeit. Was von allen Sprechern betont wurde, gelte auch für Dossenheim: „Zur nachbarschaftlichen Zusammenarbeit sind wir immer bereit gewesen und werden es auch weiterhin bleiben.“

Nach diesem Reigen der Bürgeraktionen gaben die anwesenden Landtagsabgeordneten und Landrat Steinbrenner kurze Stellungnahmen ab, die alle eine Ablehnung der geplanten Eingemeindung im Rhein-Neckar-Raum zum Inhalt hatten. Sämtliche Abgeordneten versicherten nochmals, daß sie einem Schlußgesetz, das die vorliegende Zielplanungskonzeption zur Grundlage habe, nicht zustimmen würden.

Am Rande kam es noch zu wenigen Ausführungen aus dem Publikum, die sich mit dem Anspruch der Sachlichkeit nicht vertrugen. So schlug ein Sprecher vor, jeden Landtagsabgeordneten den man treffe, zur Meinungsbildung zu verprügeln oder die CDU sinnigerweise in Kommunistische Demokratische Unio umzubenennen. Derartige Polemik stieß jedoch bei der Versammlung auf klare Ablehnung. man

**Telegramm an Filbinger**  
 Im Anschluß an die Protestkundgebung in der Eppelheimer Rhein-Neckar-Halle verfaßten die Vertreter der Bürgeraktion ein Telegramm, das an Ministerpräsident Dr. Filbinger und Innenminister Schiess gesandt wurde. Der Wortlaut: „Die Bürgeraktionen der Gemeinden Dossenheim, Eppelheim, Ilvesheim, Oftersheim, Plankstadt, St. Ilgen und Ziegelhausen vertreten ungefähr 65 000 Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises. Auf der gemeinsamen Protestdemonstration in der Eppelheimer Rhein-Neckar-Halle haben 5000 Bürger gegen die geplante Zwangseingemeindung ihrer Gemeinden schärfsten Protest erhoben. Die Bürger verlangen von der Landesregierung die sofortige Änderung der Zielplanung und die Erhaltung der Selbständigkeit ihrer Gemeinden. Dieser aufgrund der Bürgeranhörung zur Überzeugung begründete Wille muß in unserem demokratischen Rechtsstaat respektiert werden.“

### Sperrung der L 600 für Kfz-Schwer-Verkehr gefordert

SW B a m m e n t a l Der schwere und tragische Verkehrsunfall am 18. Juni 1973, bei dem von einem schleudernden Zementsilofahrzeug zwei griechische Gastarbeiter getötet, mehrere Personen verletzt und ein Haus zerstört wurden, wurde in der letzten Gemeinderatssitzung zur Sprache gebracht. Auf Antrag von Gemeinderat Kunert faßte der Gemeinderat einstimmig den Beschluß, bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden und zu vordern, die Gaiberger Straße (L 600) mit ihrem gefährlichen 14°/igen Gefälle am Rotenberg für Lkw, Busse und Schwertransporter sperren zu lassen. Gleichzeitig appellierten Bürgermeister und Gemeinderat eindringlich an die zuständigen Behörden, auf einen beschleunigten Ausbau der B 37 Z hinzuwirken, die als Entlastung dringend notwendig ist. Zusätzlich wurde beschlossen, daß die Gemeinde von sich aus bis zu einer Sperrung am Beginn des Rotenberges mit einem Totenkopfschild und den Hinweisen „Gefährliches Gefälle“ sowie „zwei Tote am 18. 6. 1973“ auf die große Gefahr aufmerksam machen wird. Als Beweismaterial für die zu stellenden Anträge soll eine Statistik aller jener gerade noch glimpflich verlaufenen Beinahe-Unfälle beigelegt werden.



TRANSPARENTE UND PLAKATE in Hülle und Fülle bei der Protestdemonstration in Eppelheim. St. Ilgener meinten: „Kein Schiess vor Schiess“. Ziegelhäuser forderten: „Weg mit dem Schiess-Befehl“.

**MIETE in die eigene Tasche zahlen!...**  
 (der Trend der 70er Jahre)  
**SWBA** Ruf: 06205-8469  
 EIGENTUMSWOHNUMGEN  
 6832 HOCKENHEIM-KARLSRUHER STRASSE 16

### Schützenhilfe aus Frankreich

St. Ilgen. In vielen Briefen und anhand der St. Ilgener Gemeinderatsnachrichten, wurden St. Ilgens französische Partnergemeinde Tigy über die Zielplanung in unserem Raum informiert. Als sich nun die Angelegenheit für St. Ilgen bedrohlich zuspitzte, erhielt das St. Ilgener Partnerschaftskomitee von den Präsidenten des Partnerschaftskomitees in Tigy, André Drinon, folgenden Brief: „Liebe St. Ilgener Freunde! Wir haben Eure Nachrichten erhalten und Sofortmaßnahmen für eine Hilfsaktion gestartet. In den hiesigen Tageszeitungen habe ich die Bevölkerung über Eure Lage informiert und über Euren Kampf um die Selbständigkeit berichtet. Für den nächsten Donnerstag hab ich eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, wo wir über weitere Hilfsaktionen beraten werden. Auf jeden Fall versichere ich allen St. Ilgenern, das Tigy St. Ilgen bei seinem Kampf für die Selbständigkeit mit allen Kräften unterstützt...“ Inzwischen haben mehrere hundert Bürger in Tigy eine Resolution verfaßt, die heute, Sonntag, eine Delegation aus Tigy in St. Ilgen übergeben wird.